

Halbherzige Rentenreform

Hans-Jürgen Urban zeigt, dass die Regierung neue Ungerechtigkeiten programmiert.

Selten zuvor haben Rentenpläne einer neuen Bundesregierung so viel Empörung hervorgerufen. Die Jungen müssen höhere Renten wegen Kindern und bei Erwerbsminderung als Wahlgewinne an die Alten zahlen. Und die Ausstiegsoption mit 63 privilegiert männliche Rentner mit ohnehin komfortablen Renten - so der Tenor der Debatte.

Die Anschuldigungen beruhen auf einem Denkfehler. Es sind die Rentenreformen der letzten Jahre und nicht ihre geplanten Teilkorrekturen, die gegen Generationenfairness und Leistungsgerechtigkeit verstoßen. Die Rente mit 67, die Senkung des Rentenniveaus und der Zwang zu unattraktiver Privatvorsorge beschädigen den Generationenvertrag zulasten der heutigen Beitragszahler. Die Pläne der Großen Koalition sind hingegen kritikwürdig, nicht weil sie zu großzügig, sondern eher, weil sie halbherzig ausfallen.

Zum Fundament des Rentensystems gehörten die Prinzipien der Leistungs- und der Bedarfsgerechtigkeit. Langjährige Beitragsleistungen begründeten den Anspruch auf auskömmliche Rente. Und zu geringe Renten wurden im Bedarfsfall aus Beitrags- oder Steuermitteln aufgestockt. Versicherungs- und Sozialstaatsprinzip griffen ineinander. Dieses System war erfolgreich, hat Altersarmut zurückgedrängt und langjährige Beiträge durch entsprechende Renten honoriert. Doch seit langem bröckelt sein Fundament. Immer mehr Menschen droht infolge von Arbeitsunterbrechungen, Niedriglöhnen und fehlendem Versicherungsschutz eine Armutsrente. Und diverse Dämpfungsfaktoren in der Ren-

tenformel entkoppeln die Renten von der Lohnentwicklung und entwerten auch langjährige Beitragsleistungen. Diese Verletzungen von Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit treffen vor allem die künftigen Rentnergenerationen. Bereits heute beträgt die Bruttorente eines Durchschnittsverdieners nach 45 Beitragsjahren lediglich 1 266 Euro (West) oder 1 158 Euro (Ost). Nach geltendem Recht soll sie bis zum Jahr 2030 um weitere sechs Prozent sinken. So viel zum Thema Luxusrente!

Die Vorhaben der Großen Koalition werden diese Defizite abmildern, nicht beheben. Das zeigt die viel gescholtene Rente mit 63. Wer mit 63 nach 45 Versicherungsjahren, also zwei Jahre vor der Regelgrenze von 65, in den Ruhestand geht, wird auch zukünftig lebenslang auf etwa 56 oder 52 Euro (West-Ost) monatlich verzichten müssen. Lediglich die zusätzlichen Abschläge von 7,2 Prozent sollen ihm erlassen werden. Das liefe auf etwas mehr Leistungsgerechtigkeit hinaus. Denn langjährige Beitragszahler zahlen viel und erhalten vergleichsweise wenig. Altersrenten werden im Durchschnitt 21 Jahre lang bezogen, bei langjährig Versicherten sind es aber nur etwa 15 Jahre, also 6 Jahre weniger. Eine Gerechtigkeitslücke, die meist unterschlagen wird und durch einen vorzeitigen Renteneintritt verringert werden könnte.

Generationenungerecht wird die Rente mit 63 allerdings dadurch, dass sie nur befristet gilt. Sie soll bis zum Jahr 2030 auf 65 ansteigen. Dadurch können die Jüngeren nicht selbst in Anspruch nehmen, was sie heute finanzieren. Hinzu

kommt, dass sie nichts am Sinkflug des allgemeinen Rentenniveaus ändert. Dadurch werden auch Verbesserungen bei Erziehungszeiten (Mütterrente) und Erwerbsminderungsrenten wieder inkassiert.

Und dadurch bleibt es bei der programmierten Rentenlücke für die Zukunftrentner, die durch Zahlungen an die private Assekuranz auszugleichen sind. Selbst wenn der Anstieg der paritätisch finanzierten Rentenbeiträge gedrosselt werden sollte, die Jüngeren bleiben die Angeschmierten. Denn um die Arbeitgeberentlastung auszugleichen und den Lebensstandard zu sichern, werden über sechs Prozent aus dem Einkommen aufzuwenden sein.

Zahlungen ohne faire Gegenleistungen infolge von Rentenkürzung und Privatisierung, das ruiniert die Generationenbilanz zulasten der Jüngeren. Dem gilt es entgegenzutreten. Durch eine Stabilisierung des Rentenniveaus, mehr Leistungsgerechtigkeit für langjährig Versicherte und mehr Bedarfsgerechtigkeit für prekär Erwerbstätige. Und durch eine Vorsorgepolitik, die gefüllte Beitragskassen zum Aufbau einer Nachhaltigkeitsreserve nutzt.

Fazit: Nicht Wahlgewinne und Luxusrenten, sondern halbherzige Verbesserungen und fehlender Mut zur Reform bedrohen den Generationenvertrag. Es wird höchste Zeit, die Debatte vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Der Autor ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. gastautor@handelsblatt.com

Abbildung:

PR [M]

Urheberinformation:

Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2013: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.